

«Die verbesserten Kontrollmassnahmen greifen»

VON BOJAN STULA

Schlossaffäre Binningens Gemeindepräsident Charles Simon macht Wahlkampf für jüngste Eskalation verantwortlich

Herr Simon, wie oft haben Sie die Neugestaltung des Binninger Schlosses schon verflucht?

Charles Simon: Noch gar nie. Ich halte es viel mehr für ein Super-Projekt, auf dessen Ergebnis ich sehr stolz bin. Ich wohne nun schon seit bald 30 Jahren in Binningen, einer Gemeinde, die stets durch zwei Kantonsstrassen getrennt wurde. Mit dem Schlosspark haben wir wieder ein Zentrum geschaffen. Dort trifft man sich, dort wird gefeiert, geheiratet und gut gegessen. Ich hoffe, dass sich über die ganze so genannte Schlossaffäre endlich mal der Staub legt, damit wir die Vorzüge des Umbaus geniessen können.

Den Staub aufgewirbelt hat nicht zuletzt die mangelhafte Kommunikation durch den Gemeinderat.

Da muss ich Ihnen recht geben. Eigentlich hätten wir bereits im Frühjahr 2010 die Zahlen veröffentlichen sollen, als uns diese erstmals vorlagen. Damit hätten wir wohl viel von der jetzigen medialen Aufregung verhindern können.

Inwiefern?

Die Ereignisse wurden teilweise sehr einseitig und fehlerhaft dargestellt, gewisse Medien nahmen Vorurteilungen vor, die bis hin zur Namensnennung von Verwaltungsangestellten gingen.

Auch daran ist Ihre Kommunikationspolitik nicht ganz unschuldig. Schliesslich durfte niemand ausser Ihnen Auskunft geben.

Das war eben das Vorgehen, wie wir es innerhalb des Gemeinderats beschlossen hatten. An der kommenden Einwohnerratssitzung vom Montag werden aber Agathe Schuler und Bruno Gehrig, die ebenfalls heftig angegriffen wurden, Stellung nehmen. Sie dürfen nicht vergessen, dass am 11. März gewählt wird. Der Schlossumbau liegt schon Jahre zurück, die Lehren aus den Fehlern sind inzwischen gezogen worden. Jetzt aber ist Wahlkampf, und das Ganze wird über Gebühr hochgekocht.

Machen Sie es sich da nicht etwas gar zu einfach? Die Schlossaffäre wurde schon lange vor dem Wahlkampf kontrovers diskutiert.

Ich kann sehr genau unterscheiden, welche Vorwürfe in der Sache berechtigt sind, zu denen stehe ich auch, und welche hochgekocht werden. Ebenso hoffe ich und bin überzeugt davon, dass die Wählerinnen und Wähler diese Unterscheidung vornehmen werden.

Wieso belässt es der Gemeinderat bei den milden internen Abmahnungen? Kritiker fordern die Entlassung der verantwortlichen Verwaltungsangestellten.

Dazu bestand kein Anlass. Weder der interne noch der externe Untersuchungsbericht haben uns solche drastischen Massnahmen nahegelegt. Jeder Rappen, der ausgegeben wurde, floss in das Schloss. Es lagen keine kriminellen Handlungen vor. Das bestätigt auch die Geschäft- und Rechnungsprüfungskommission. Es gab und gibt keinen Anlass für weitergehende juristische Massnahmen.

Sie, Agathe Schuler und Bruno Gehrig treten nicht mehr zur Wahl an. Machen sich da die Hauptverantwortlichen aus dem Staub?

Nein, wir sind alle drei inzwischen im AHV-Alter und haben uns enorm für Binningen eingesetzt. Ich denke, dass wir das Recht haben, jetzt etwas kürzerzutreten. Ausserdem stellt sich mit Mike Keller der Finanzverantwortliche der Wiederwahl.

Wie stark wird die Schlossaffäre den Wahlausgang beeinflussen?

Ich bin kein Hellseher. Aber zu einem Umbruch wird es ohnehin kommen, da fünf von sieben Gemeinderäten nicht mehr zur Wahl antreten.

Sie sind Gemeindepräsident und SP-Mitglied. Die beiden Untersuchungskommissionen, welche die Abrechnungen der Schlossinnensanierung und der Neugestaltung des Schlossparks überprüfen, werden ebenfalls von SP-Mitgliedern geleitet. Das macht nach aussen hin den Eindruck der Mausechlei. Prompt erhebt die SVP Vorwürfe, dass die Ermittlungen durch Vreni Dubi und Simone Abt behindert wurden.

Das ist ein Vorwurf, gegen den ich mich ganz entschieden zur Wehr setze. Alle Unterlagen, welche die Untersuchungskommissionen einsehen wollten, haben wir zur Verfügung gestellt. Die Untersuchungskommissionen wurden auf Wunsch des Einwohnerrats eingesetzt, es liegt in seiner Verantwortung, wie er diese personell besetzt. Darauf hatte der Gemeinderat keinen Einfluss.

Der Binninger SVP-Fraktionschef Urs-Peter Moos hat angekündigt, im Einwohnerrat zusätzliche Punkte unter die Lupe zu nehmen. Etwa, ob es auch 2007 zu unrechtmässigen Umbuchungen zwischen dem Investitions- und Unterhaltskonto gekommen ist.

Diese Zahlen liegen mir vor. Wir werden am Montag darauf eingehen. 2007 ist es zu keinerlei solchen Umbuchungen gekommen.

Es drängt sich die Frage auf, wieso es gerade beim Schlossprojekt zu einer derart massiven Häufung von Problemen gekommen ist.

Wir haben parallel zwei Projekte realisiert: Die Neugestaltung des Schlossparks und die Sanierung im Inneren des Schlosses. Das Schlossparkprojekt mit

der Sanierung des Imhofhauses, der neuen Einstellhalle und der Revitalisierung des Birsigs für 22 Millionen Franken war das grösste Bauvorhaben, das die Gemeinde Binningen umgesetzt hat, seit ich in der Gemeindepolitik tätig bin. Parallel dazu entschlossen wir uns auch die seit Jahren fälligen Sanierungsarbeiten im Schloss-Innern in Angriff zu nehmen. Dieses Vorhaben wurde von zahlreichen Faktoren beeinflusst: Einerseits schuf der plötzliche Pächterwechsel neue Bedürfnisse, andererseits brachte die Umstellung auf die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV diverse Neuerungen mit sich. Es kam zu Unsicherheiten bezüglich Zuständigkeiten, Projektmanagement und Reporting. Dies hat zu den Fehlern geführt, die ich sehr bedaure.

Gab es solche Probleme auch mit anderen Projekten?

Nein, denn wir haben die Lehren aus dem Fall gezogen und entsprechende Korrekturen vorgenommen. Als sich vor zwei Jahren bei der Sanierung des Neusatz-Schulhauses eine Kostenüberschreitung abzeichnete, wurde das sofort erkannt und den zuständigen Stellen gemeldet, sodass die ursprüngliche Planung revidiert werden konnte. Die intern verbesserten Kontrollmassnahmen greifen also.

Urs-Peter Moos hat sich in der Schlossaffäre als hartnäckigster und auch unnachgiebigster Kritiker entpuppt. Haben Sie Verständnis für seine Vorgehensweise?

Gewählte Politiker haben das Recht, in der Verwaltung nachzufragen und die Pflicht, auf Missstände hinzuweisen. Wenn es aber nur noch darum geht, alles negativ auszulegen und persönlich auf einzelne Mitarbeitende zu schießen, dann ist das unfair und destruktiv. Diese Leute setzen sich schliesslich jeden Tag für die Gemeinde ein. Ich möchte damit nicht die Fehler entschuldigen, die passiert sind, aber man sollte die Relationen wahren.